



Tagesordnung I Punkt 20 der öffentlichen Sitzung am 09. Februar 2012

Antrags-Nr. 12-F-03-0017

Lärmschutz Schiersteiner Brücke

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.01.2012 -

Der Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen „Weniger Verkehr und Lärm für Biebrich und Schierstein!“ wurde am 16. Juni 2011 in der Fassung des Änderungsantrages von CDU und SPD von der Stadtverordnetenversammlung angenommen. Ziffer 1 des Beschlusses Nr. 0255 lautete: „Der Magistrat wird gebeten, auf allen fachlichen und über sämtliche politischen Ebenen (Kommune, Land und Bund) auf den Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau der BAB 643 einzuwirken, um den durch die Stadt Wiesbaden geforderten umfassenden Lärmschutz unter Ausnutzung aller rechtlichen Möglichkeiten zu sichern. Dazu zählt vor allem die Errichtung von durchgängigen Lärmschutzwänden direkt an der Bundesautobahn, um sowohl den Bedürfnissen der Anwohner und Gewerbetreibenden in Biebrich und Schierstein Rechnung zu tragen, als auch den Ausbau der Naturschutz- und Naherholungsgebiete zu sichern.“

Seit dem 14. Januar 2012 ist der Planfeststellungsbeschluss veröffentlicht.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. gegen den Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau der BAB 643 rechtzeitig Klage einzureichen, da dieser Beschluss den durch die Stadt Wiesbaden geforderten umfassenden Lärmschutz nicht berücksichtigt.
2. Gemeinsam mit der Landeshauptstadt Mainz
 - a. ein Konzept zu entwickeln, wie nach dem Ausbau der BAB 643 ein durchgängiger Lärmschutz auf der Schiersteiner Brücke verwirklicht werden kann.
 - b. auf allen fachlichen und über sämtliche politische Ebenen (Kommune, Land und Bund) dafür einzutreten, dass die Schiersteiner Brücke nach dem Ausbau der BAB 643 einen durchgängigen Lärmschutz erhält.

Beschluss Nr. 0087

Der Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.01.2012 betr.

Lärmschutz Schiersteiner Brücke

wird abgelehnt.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2012

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .02.2012

Dezernat IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister